

Erklärung im Rahmen der Europawahl 2019

Europa gestalten mit den KMU des Handwerks

Europa ist für das Handwerk in der Großregion nicht nur eine Tatsache, sondern auch eine wirkliche Zukunftsperspektive. Um Lösungen für die Herausforderungen in der europäischen Gesellschaft zu finden, braucht es Antworten auf EU-Ebene. Diese Lösungen können nur zusammen mit den KMU gefunden werden.

Für die Gestaltung der Zukunft in Europa braucht es die KMU und das Handwerk!

Die Großregion ist in diesem Europa tief verwurzelt. Ihre Regionen leben durch Europa, von Europa und für Europa. Sie haben im großen Maße von den Freiheiten, die die EU bietet, profitiert.

Deshalb, und vor allem angesichts der immer stärker werdenden populistischen Tendenzen, ist es unbedingt notwendig, Europa wieder beliebt zu machen, vor allem bei den jungen Leuten!

Aus diesem Grund sagt das Handwerk „JA“ zu Europa!

Der offensichtliche Widerspruch zwischen den Europabefürwortern und den Euroskeptikern zeigt ganz klar auf, dass die Verantwortlichen in der europäischen Politik schnell zu einer Einigung bei den neuen strategischen Prioritäten gelangen müssen.

Es gilt nun, die guten Vorsätze hinter sich zu lassen und dafür konkrete Projekte vorzulegen.

Die KMU des Handwerks sind bereit, sich für Europa zu engagieren und eine gemeinsame Vision zu unterstützen. In ihren Augen ist Europa lange nicht die Ursache für alle Schwierigkeiten der Unternehmen. Ganz im Gegenteil.

Dennoch muss die EU in Zukunft besser den Erwartungen der KMU entsprechen und das in Form einer unternehmensfreundlichen Politik, mit Maßnahmen, die sich an den neuen Herausforderungen orientieren und die Unternehmen dabei noch besser unterstützen.

Es ist also unumgänglich, dass die Europäische Union nun für die nächsten fünf Jahre einen klaren politischen Handlungsrahmen ausarbeitet und diesen auch kommuniziert.

Vollendung des Binnenmarktes ist oberste Priorität

Das Handwerk lebt Europa jeden Tag auf dem Binnenmarkt, dessen Teil auch die Großregion ist. Heute ist es wichtiger denn je, auf Grundlage von gemeinsamen Regeln, darüber zu wachen, dass alle Unternehmen, die miteinander im Wettbewerb stehen, gleich behandelt werden. Das ist wichtig, damit das soziale Dumping be-

kämpft und ein „level playing field“ garantiert werden können, vor allem zwischen der realen und der virtuellen Wirtschaft.

Das Handwerk der Großregion appelliert daher an die Instanzen in Europa und in den Mitgliedstaaten, damit diese, je nach Fachbereich, eine für die Zukunft wichtige Balance zwischen den europäischen Richtlinien und Vorschriften finden, um die KMU nicht zu benachteiligen.

Die Beendigung der großen Baustelle „europäischer Binnenmarkt“ hat für das Handwerk Priorität. Der Sektor will dadurch von einem Europa und von einer Großregion mit mehr Eingliederung, mehr Offenheit und mehr Gerechtigkeit profitieren.

Mehr Demokratie und Transparenz, aber auch Subsidiarität und Spielraum, da wo es nützlich und notwendig ist.

Die Handlungsfähigkeit der Union muss vor allem in den Bereichen gestärkt werden, wo es Lösungen braucht, die über die Grenzen der Mitgliedstaaten und der Regionen hinaus gültig sind.

Dagegen sollten alle Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen effizienter umgesetzt werden können, auf nationaler Ebene geregelt werden.

« **Think Small First** » und « **Small Business Act - Version 2.0** »

In Zukunft sollen die neuen Europaabgeordneten dann handeln, wenn es darum geht, im Rahmen von Gesetzen und Vorschriften ein günstiges Umfeld für die Entwicklung der europäischen KMU zu schaffen. Es muss bei ihrer zukünftigen Politik an erster Stelle darum gehen, den Unternehmen einen realen Wertzuwachs zu ermöglichen.

Für den IRH ist ein transparenter und tiefgründiger Dialog mit den europäischen und nationalen Wirtschaftsverbänden Voraussetzung.

Es ist ungemein wichtig, dass die europäischen Institutionen während des ganzen Gesetzgebungsverfahrens hinter dem Prinzip „Think small first“ stehen. Hier geht es vor allem darum, die Kosten für die Einhaltung der europäischen Rechtsvorschriften zu senken, um den KMU die Existenz zu erleichtern. Von nun an muss die EU sich bei der Ausarbeitung ihrer Vorschriften am überregionalen Umgang orientieren, am tagtäglichen Umgang des Handwerks in der Großregion.

Europa muss mit Hilfe der KMU und des Handwerks gestaltet werden, und ebenso müssen die KMU auf Europa vorbereitet werden.

Leider werden europäische Initiativen in solchen Bereichen wie „Förderung“, „Investition“ oder „Innovation“ de facto ohne die traditionellen KMU umgesetzt, da den auf lokaler Ebene aktiven Unternehmen die europäische Dimension fehlt. Oft sind diese Programme nicht auf KMU orientiert und finden deshalb auch weniger das Interesse handwerklicher Unternehmer.

Obwohl die zentrale Rolle der KMU für das Wohlergehen Europas sehr wohl anerkannt wird, ist der IRH dennoch der Meinung, dass es in der Politik der Union an konkreten Maßnahmen für kleine Unternehmen fehlt.

Die Bestätigung des „Small Business Act“ 2014 war eine wichtige Etappe. Die neue Politik für die KMU muss vor allem in europäischen Gesetzestexten Ausdruck finden und nicht in politischen Botschaften ohne gesetzliche Durchsetzungskraft.

Die europäischen Instanzen sind daher in Zukunft gut beraten, vor allem den Standpunkt der kleinen Unternehmen zu berücksichtigen, insbesondere beim Verbraucherschutz oder im Bereich der Sozialgesetzgebung.

Der IRH spricht sich klar für einen strategischen Handlungsrahmen in Form eines „Small Business Act 2.0“ aus, bei dem neue sozioökonomische Entwicklungen, die Kreislaufwirtschaft, die Energiewende und die Digitalisierung usw. berücksichtigt werden.

Mit den meisten Gesetzen oder Vorschriften werden entweder europäische Richtlinien umgesetzt oder sie sind von Europa inspiriert. Zukünftig sollte es in der Großregion vor allem darum gehen, bessere Regeln für den Umgang mit den Problemstellungen auf europäischer Ebene zu finden. Im Vorfeld, bei der Ausarbeitung von Texten, und danach, bei der Umsetzung der Vorschriften.

Eine besser „strukturierte“ Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren in der Großregion könnte sich ebenfalls positiv auf die Qualität der Texte auswirken, die auf europäischer Ebene zu diskutieren sind.

* *

*

10 Vorschläge des Handwerks für ein Europa der KMU

Die KMU sind die Stütze der europäischen Wirtschaft. Sie sind es, die auf lokaler und regionaler Ebene, in Luxemburg, in der Großregion und überall in Europa Arbeitsplätze schaffen, Innovationen hervorbringen, zur beruflichen Bildung und Ausbildung beitragen und soziale Bindungen knüpfen.

Die neue globale Lage ist mit vielfältigen und komplexen Herausforderungen verbunden: digitaler Wandel, Migrationsbewegungen, nachhaltige Entwicklung usw. Die EU ist nicht die Ursache aller Probleme der Unternehmen. Das Gegenteil ist der Fall. Allerdings muss die EU in Zukunft mit einer unternehmensfreundlichen Politik, mit geeigneten Instrumenten und einer intensiveren Unterstützung im Hinblick auf diese neuen Problemstellungen den Erwartungen der KMU des Handwerks noch besser gerecht werden.

Mit dieser Maßgabe hat der IRH seine 10 Vorschläge formuliert.

1) Think Small First

- Vorrangige Berücksichtigung der Bedürfnisse von KMU bei der Erarbeitung europäischer Regeln
- Grundsätzliche Anwendung des KMU-Tests und Vermeidung neuer Gesetzesinitiativen, die im Hinblick auf diesen Test keinen Mehrwert bringen
- Stärkere Bemühungen um Vereinfachungen durch das REFIT-Programm (Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung)
- Nach Möglichkeit verstärkte Anwendung der Richtlinien für eine maximale Harmonisierung bzw. der Verordnungen zur Einschränkung von Umsetzungsabweichungen
- Vermeidung von Überregulierungen („Goldplating“) und somit Vermeidung strengerer Regelungen auf nationaler Ebene, die zu Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil von Kleinstunternehmen und KMU führen

2) Stärkung des Small Business Act (SBA) für Europa

- Untermauerung des SBA mit einem auf 5 Jahre angelegten Aktionsplan, um tatsächlich günstige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen für die Entwicklung von KMU zu schaffen
- Überdenken der Governanceregeln des SBA, um den Vertretungsorganisationen der KMU innerhalb dieses Instruments mehr Gewicht zu verleihen
- Einbeziehung der Empfehlungen des SBA in den Prozess des Europäischen Semesters

3) Beibehaltung der europäischen KMU-Definition

- Identische Beibehaltung der Kriterien der europäischen Definition für KMU mit eventueller Anpassung der finanziellen Kriterien an die europäische Inflation (Bilanz und Umsatz)

4) Vollendung des Binnenmarkts

- Schaffung eines Interessenausgleichs zwischen KMU und anderen Akteuren (Verbraucher, Umweltverbände)
- Gesetzesinitiative zur Bekämpfung unlauterer Geschäftspraktiken und Handelsklauseln in B2B-Beziehungen
- Maßnahme zur Verkürzung von Zahlungsfristen
- Vollendung des Binnenmarkts und Beseitigung von Hindernissen für die Grundfreiheiten
- Weitere Bemühungen, damit die Entsendung von Arbeitnehmern nicht durch formale Vorgaben und Belastungen, die nicht zielführend sind, überreguliert wird

5) Internationalisierung von KMU

- Unterstützung für die Schaffung von Begleitangeboten für KMU, die international tätig werden wollen
- Einführung spezieller Bestimmungen für KMU in jedem Freihandelsabkommen, um Exporte und Investitionen in Ländern außerhalb der EU für sie zu erleichtern

6) Verbesserung des Zugangs zu Fachkompetenzen für KMU

- Anbieten EU-finanzierter Maßnahmen für Arbeitgeber, um sie auf die Herausforderungen in Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und digitalem Wandel vorzubereiten
- Förderung der beruflichen Qualifikation, insbesondere mit dualer Berufsausbildung im Betrieb und an der Berufsschule sowie dem Meisterbrief als Grundlage für ein nachhaltiges Unternehmertum, sichere Arbeitsplätze, eine Ausbildung von hoher Qualität und vor allem auch als Garant für den Zugang zum Beruf
- Überarbeitung der Richtlinie über die Blue Card der EU, um qualifizierten Arbeitskräften den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt zu erleichtern
- Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität zugunsten von KMU (durch das neue Erasmus-Programm)
- Definition der Unterstützungsprogramme zum Anleiten, Weiterbilden und Beraten von Unternehmern

7) Entwicklung einer ambitionierten europäischen Digitalpolitik

- Schaffung der Bedingungen für einen ehrlichen und fairen Wettbewerb zwischen den Akteuren im digitalen Bereich und traditionellen Unternehmen (z. B. hinsichtlich Besteuerung, Verbraucherschutzrecht und Sozialvorschriften)
- Stärkung der Verantwortung von Plattformbetreibern über ihre einfache Vermittlerrolle hinaus
- Standardisierung des Verfahrens zum Sammeln und Veröffentlichen von Verbrauchermeinungen für mehr Transparenz und Vertrauenswürdigkeit bei Meinungsäußerungen
- Förderung eines gleichberechtigten Zugangs von KMU auf Daten, Inves-

titionen in Cybersicherheit und Einbeziehung von KMU in Projekte zu künstlicher Intelligenz • Begleitung und Unterstützung der Entwicklung von Plattformen für KMU zur Verbesserung ihrer digitalen Sichtbarkeit und ihrer Online-Verkaufszahlen

8) Begleitung von KMU hin zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell

- Beseitigung aller Hindernisse, die KMU den Zugang zur Kreislaufwirtschaft verwehren
- Einführung von Instrumenten zur Förderung ökologischer Innovationen in KMU
- Anerkennung von CSR-Maßnahmen von KMU durch freiwillige Kennzeichnung zu Testzwecken, unterstützt von der EU
- Schaffung eines gemeinsamen Energiemarkts mit Förderung der dezentralen Energieerzeugung durch KMU

9) Investitionserleichterung für KMU

- Unterstützung alternativer Finanzierungsformen wie Crowdlending oder Crowdinvesting
- Schaffung neuer Finanzinstrumente (z. B. Garantien) im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens der EU
- Unterstützung immaterieller Investitionen von KMU im Hinblick auf den digitalen Wandel durch den Europäischen Investitionsfonds (EIF)
- Kenntlichmachung europäischer Unterstützung bei Darlehen oder staatlichen Garantien durch den Vermerk „mit Unterstützung der EU“

10) Herstellung eines neuen Gleichgewichts zwischen Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt

- Vollständige Einbindung der Sozialpartner bei sämtlichen sozialen Reformen
- Gewährleistung einer fairen Abstufung zwischen verschiedenen Erwerbsformen (Arbeitnehmer und Selbständige)
- Gewährleistung des Zugangs für Selbständige zu sozialem Schutz
- Anpassung der Arbeitsgesetzgebung, um zu einem Neuansatz in Sachen Flexibilität und Sicherheit beizutragen

Interregionaler Rat der Handwerkskammern der Großregion

Luxemburg, den 16. Mai 2019